

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dümmel)  
Verantwortlicher: Amt Marienplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Flasterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 100 M.

## Passiver Widerstand gegen militärische Gewaltmaßnahmen.

Ich immer weiß das Interesse der gesamten Arbeiterschaft bei der Frage: Wird es gelingen auf dem Wege des passiven Widerstandes die militärischen Maßnahmen des französischen Militarismus zu überwinden? Vom Standpunkte des Sozialisten des organisierten Gewerkschafters mußte es gelingen! Man ist es getrost als eines der größten Ereignisse der Weltgeschichte angesehen, weil damit endlich einmal in größtem Maßstab der Tyrannenmacht nicht nur durch Gewalt, sondern auch durch die Politik der verschränkten Arme zu brechen ist. Wir sehen vielmehr, daß von ganz rechts die nationalen Truppen wieder in einer Weise sich Lust schaffen, die sehr der Stimmung des Ausbruches des Weltkrieges ähnelt. Es liegt die weitere Möglichkeit wieder vor, daß je weiter die Nationalen vom Ruhrgebiet und damit von der Bedrückung durch die Truppen entfernt sind, um so größer ihr Geschrei ist. Berlin, Königsberg, München und Berlin. Freilich diese nationalen Kundgebungen beschränken sich in der Hauptsache auf Kreise der Arbeiterschaft fernstehen. Die Weintotale und Nachtbestellen, Schieber und Spekulantenjünglinge sind die Stätten, an denen dröhnend wieder der patriotische Rummel blüht. Aber auch im Ruhrgebiet, wie in Köln usw., wo die französischen Nachhaber unmittelbar eingreifen können, machen sich diese nationalistischen Truppen recht unangenehm bemerkbar. Man kann ruhig sagen: Diese Welle fällt nun der Arbeiterschaft regelrecht in den Rücken. Auf der anderen Seite ist gegenwärtig die Situation im besetzten Gebiet alles andere als erfreulich. Die Arbeiterschaft lebt bereits in den Ungeheuerlichkeiten des militärischen Regiments in der äußersten Not. Es „bagelt“ Bestrafungen, Ausweisungen, das französische Gewehr knallt wiederholt los und erfordert Opfer, und die Kriegsmittelnot ist in greifbarer Nähe gerückt. Seit einigen Jahren ist die Abschmürung Rheinland-Westfalens durch die französischen Truppen fast vollständig erreicht, und die Eisenbahnen haben keine Kohlen mehr in das Innere Deutschlands. Ob dieser Zustand für die Industriearbeiterschaft und im weiteren Sinne für den Volksgesamtheit erhebliche wirtschaftliche Schäden im Gefolge hat, läßt sich noch nicht voraussehen. Es ist aber zu betonen, daß auch hier das Ringen der deutschen Schwerindustrie mit der Arbeiterschaft ausgefochten wird. Denn das muß immer mit aller Deutlichkeit erneut ausgesprochen werden: Die deutsche Schwerindustrie wie auch die Hochfinanz sind auf das stärkste dem Kampf interessiert und haben bislang verhältnismäßig viel getan, um auch ihrerseits die Opfer auf sich zu nehmen, andererseits wären, um von einem einseitigen Vorgehen des Gegners sprechen zu können. Wir erinnern nur an den starken Widerstand bei Erhaltung der Sachwerte, der Auslegung einer Geld- und der planmäßigen Steuerfahrlässigkeit von dieser Seite. Diese Dinge können wir auch in dieser Zeit nicht zurückstellen.

von der deutschen Arbeiterschaft getragen oder ausgehalten werden muß, darum sind auch die deutschen Arbeiter die stärksten Träger der Gegenwehr! Von ihrem Verhalten wird es wesentlich abhängen, ob es gelingt, das deutsche Wirtschaftsleben wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß Bestrebungen im Gange sind, unter der Formel einer „Rheinischen Republik“ eine Ablösung von Deutschland herbeizuführen. Es entfalten wieder „deutsche“ Kreise ihre Tätigkeit, die der Unterstützung der französischen Politiker sicher entgegenkommen und deren Aussicht natürlich gegenwärtig im Steigen begriffen ist. Auch bei der Bekämpfung dieses Planes wird die deutsche Arbeiterschaft, die bislang stets unzweideutig von diesen Absonderungsbestrebungen abgerückt ist, der entscheidende Träger des Abwehrkampfes sein.

Wir wollen nicht auf die vielen unerfreulichen Begleiterscheinungen des jetzigen Kampfes der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet eingehend hinweisen. Eines aber erscheint uns erforderlich, daß sowohl die sozialistische Partei als auch die Spitzenverbände der Gewerkschaften erneut und mit aller Energie darauf drängen, daß die Regierung Cuno in der ganzen Angelegenheit ein klarumrissenes Aktionsprogramm aufstellt. Wir verstehen darunter:

1. Sofortige Abschmürung der ungeheuerlichen Spekulation auf Deutschlands Niedergang, wie er sich an der deutschen Börse zeigt. Es muß möglich sein, der Spekulation auf das Sinken der deutschen Mark mit gesetzgeberischen Maßnahmen energisch zu Felde zu gehen.
2. Es müssen scharfe Kontrollmaßnahmen gegenüber dem Wucher von unseren eigenen Vandalen geschaffen werden, wie sie zeitweise sogar während des Krieges bestanden haben. Mag diese Forderung noch so schwer durchführbar sein, die deutsche Arbeiterbevölkerung will wenigstens den guten Willen sehen durch solche Maßnahmen, die nach außen hin in Erscheinung treten.
3. Die weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter und der ganzen Bevölkerung des Ruhrgebiets ist von allen Kreisen zugesichert worden. Sie muß durch eine unbedingte Sicherstellung der Ernährung des ganzen Gebiets gewährleistet werden.
4. Die Regierung muß rechtzeitig Vorjorge treffen, um bei einer vollständigen Abschmürung des Ruhrgebiets die weitere Inangahaltung der Industrie im übrigen Deutschland zu ermöglichen.
5. Die Regierung muß unzweideutig zu erkennen geben, daß sie zu Verhandlungen und zum Verständigungsfrieden auf erträglicher Basis jederzeit und sofort bereit ist.

Wir wollen namens der gesamten Kollegenschaft in Deutschland unseren Kollegen im Ruhrgebiet, überhaupt im besetzten Rheinland-Westfalen unsere stärkste Sympathie zum Ausdruck bringen. Wir werden von Seiten unserer Organisation alles tun, um die furchtbaren Schäden zu mildern, die der französische Militarismus in diesen Gebieten schlägt. Wir werden auch weiterhin die Kräfte unserer Organisation anspannen, um nicht nur moralisch, sondern auch materiell unsere Kollegen schadlos zu halten. Eines aber ist erforderlich und das rufen wir erneut allen unseren Kollegen zu: Wir müssen uns fernhalten von jeglichem patriotischen Kriegsgeschrei, das in der jetzigen Situation so unangebracht wie nur möglich ist. Wir müssen im Gegenteil auf alle Volkstrennung hinwirken, daß sie

Aber das kann uns andererseits auch nicht veranlassen, nun zu...  
wie lassen die Dinge geben „wie's Gott gefällt“, sondern...  
wie wir wissen, daß die größte Not und die größte...  
durch den französischen Militarismus und Imperialismus

nicht erneut irgendwelchen nationalistischen Strömungen nachgeben. Dann dürfen wir auch darauf rechnen, daß die materielle und moralische Unterstützung, wie sie sich im Zustande, insbesondere bei der Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Hollands und Belgiens zeigt, auch weiterhin wächst und so zum Gewissen der Welt wird, das ermöglicht, dem französisch-belgischen Militarismus auf dem Wege der passiven Resistenz beizukommen.

Unser Verbandsbeirat hat in seiner Sitzung vom 4. Februar 1923 gleichfalls Stellung zur Ruhrbesetzung genommen und folgende Entschlieung gefaßt:

„Vorstand und Beirat des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erheben gegen die von den französisch-belgischen Truppen durch Besetzung des Ruhrgebietes herbeigeführte Eindring des deutschen Wirtschaftslebens auf schledenen Protest. Unsere Organisation hat bisher, wie alle deutschen Gewerkschaften, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei ernstlich das Bestreben gehabt, die durch den Weltkrieg geschlossenen Wunden baldmöglichst zur Heilung zu bringen. Dieser Bestrebungsprozess, der schon erfreuliche Ergebnisse gezeitigt hatte, ist nun durch die brutale wirtschaftliche Zwangsmäßnahme und durch die nationalen Unterdrückungsversuche des französisch-belgischen Imperialismus empfindlich gekürzt worden. Darunter müssen ganz besonders die im alten und neubefreiten Gebiete gelegenen öffentlich-rechtlichen Betriebe und Betriebsanstalten und damit unsere in diesen Beschäftigten Mitglieder schwer leiden.“

Wir fordern unsere Mitglieder im ganzen Maße auf, durch äußerste Kraftanstrengungen materielle und geistige Art die Organisation zu höherer Leistungsfähigkeit auszubauen. Unseren in den besetzten Gebieten unter schwierigsten Verhältnissen kämpfenden Mitgliedern rufen wir zu: „Halte aus, sei besonnen und laß dich nicht durch pseudopatriotische Handlungen unwillkürlich oder gar abertöulender Personen, deren Behauptungen wir stets bekämpft haben und weiter bekämpfen müssen, auf falsche Wege drängen, die nicht zum Ziele unserer Betätigung führen.“ Die materielle und moralische Unterstützung der gesamten Mitglieder im Maße wird unseren Kollegen in den besetzten Gebieten ausdrücklich zugesichert.“

**Aus Politik und Volkswirtschaft**

**Ermäßigung der Lohnsteuern.** Am 3. Februar 1923 fand im Finanzministerium eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Erhöhung der steuerfreien Abzüge statt. Entsprechend den Vorschlägen, die vor einigen Tagen von der sozialdemokratischen Fraktion gemacht worden sind, wurde vereinbart, 1. daß ab 1. März eine Verdreifachung der steuerfreien Beträge eintritt, vorbehaltlich einer weiteren Erhöhung bei fortwährender Geldentwertung; 2. als Ausgleich für den Monat Februar soll für die Wochenlohnempfänger für die letzte Lohnwoche im Februar bzw. die letzten sechs Lohnstage (Kurzarbeiter) völlige Steuerfreiheit eintritt; für die Monatsempfänger wird entsprechend die Gesamtsteuerleistung im Februar um ein Viertel ermäßigt werden. Die Steuerregelung für die Kurzarbeiter wird noch geprüft. Eine Vortage über die Abregelung der Abzüge soll sofort dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

**Rundgebung aller deutschen Gewerkschaften an die amerikanischen Parlamente.** Am 1. Februar trafen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christliche Gewerkschaften), des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Dunker) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zusammen, um zu der augenblicklichen Lage und den für die nächste Zukunft drohenden Gefahren Stellung zu nehmen. Sie beschloßen, folgende Rundgebung sofort ergoßen zu lassen:

„In den Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten in Washington. Die unterzeichneten Gewerkschaftsverbände, die 12 Millionen Mitglieder umfassen, mit ihren Angehörigen also mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung darstellen, erklären erneut, daß sie, geküßt auf Americas positives Versprechen, völlige Gerechtigkeit wollen zu lassen, Deutschland von der Antokratie zur Demokratie geführt, daß dem Gebot: völliger Entwarnung fügt und dem Verlangen, für Frieden und internationale Verständigung zu wirken, nächstbesten Ausdruck gegeben haben. Der Deutsche liebt die friedliche Arbeit, aber er widersteht sich ebenfalls der Absicht, ihn für unbegrenzte Zeiten zum Sklaven zu machen, oder gar die kommenden Geschlechter seines Volkes einem System wirtschaftlicher Ausbeutung auszuliefern. Die Besetzung des Ruhrgebietes und der Verfall der Vertrag bedingen jedoch solche Sklaverei, gefährden die deutsche und die europäische Wirtschaft und bedrohen zunächst Millionen Deutsche mit Hunger und Not. Eine unparteiische, doch genügend bewollmächtigte Untersuchungskommission wird dies feststellen können, außerdem aber noch, daß jetzt mitten im Frieden Männer und Frauen, Alte und Junge, verhaftet und aus ihrer Heimat ausgewiesen werden, nur weil sie sich weigern, zu Betteln an ihrem Vaterland zu werden. Wir sind bereits zu einem Teil herabgedrückt worden, das Granisch hungert, dessen Säuglinge in Papier statt in Getreide verpackt werden, dessen Frauen und Kinder Körperlich verenden und verkommen. Dieser Appell soll kein Versuch sein, Amerika zu bewegen, eine bestimmte Haltung zugunsten der

einen oder der anderen der sich gegenüberstehenden Parteien einzunehmen, es ist ein Appell an das traditionelle amerikanische (Gegensatz) und seinen Sinn für fair play (außerbüchliches Spiel). Amerika, wie wir überzeugt, ist nicht in den Krieg eingetreten, um das deutsche Reich zu vernichten. Der amerikanische Ehrenkodex, wenn er auch behauptet wird, kann Europa und die Welt retten von sonst unheilvollem Unglück.

**Canditrafenwärter**

Regierungsbeschl. Wiesbaden. Für die Wegewärter gültig vom 1. bis 16. Januar 1923

Ortsklasse	vom 1. bis 16. Januar 1923			vom 16. bis 31. Januar 1923		
	Lebige	Verheiratete	1 Kind	Lebige	Verheiratete	1 Kind
A	2480,10	2578,40	2675,80	2920,10	3012,40	3109,80
B	2484,30	2531,60	2628,50	2986,30	2987,60	3109,80
C	2388,10	2484,90	2581,80	2812,10	2832,90	2933,90
D	2318,20	2415,60	2512,50	2726,20	2847,60	2928,90
E	2247,20	2344,60	2441,50	2639,20	2760,60	2838,90

Für jedes weitere Kind in der ersten Januarhälfte 10,50 RM, in der zweiten Januarhälfte 12,50 RM, pro Tag mehr.

Zu allen vorstehenden Lohnsätzen der Volljährigen (20 Jahre) tritt ein Bezirkssteuerzuschlag hinzu, beträgt für die Zeit vom 1. bis 15. Januar 160 RM, in Ortsklasse A, je 120 RM, in den Ortsklassen B und C, und je 80 RM, in den Ortsklassen D und E. In der Zeit vom 16. bis 31. Januar 240 RM, in der Ortsklasse A, je 200 RM, in der Ortsklasse B und C, und je 144 RM, in den Ortsklassen D und E. — Wegewärter, deren Wohnort eine Stadt über 100 000 Einwohner ist, erhalten in der Zeit vom 1. bis 15. Januar einen weiteren Zuschlag von 80 RM, pro Tag, in der Zeit vom 16. bis 31. Januar 120 RM, pro Tag.

**Aus unserer Bewegung**

**Bezirk Niederelbe.** Die in Nr. 5 der „Gewerkschaft“ beigegebenen Lohnsätze haben sich durch nachträgliche Neuregelung mit Wirkung vom 16. Januar d. J. an wie folgt gestaltet:

Ortsklasse	Vollständig	Männliche Arbeiter v. 20 J.			Weibliche Arbeiter v. 20 J.		
		Lebige 18-21 Jahre	Lebige 21-24 Jahre	Lebige ab 24 J. in alle Arbeiter.	Lebige 18-21 Jahre	Lebige 21-24 Jahre	Lebige ab 24 J. in alle Arbeiter.
I	1.	470	560	600	624	800	389
	2.	475	555	595	629	800	342
	3.	460	560	600	634	812	345
II	1.	480	560	600	634	812	345
	2.	485	565	605	639	815	348
	3.	490	570	610	644	818	351
III	1.	500	585	625	650	818	351
	2.	510	595	635	660	828	361
	3.	520	605	645	670	838	371

Frauenlohn beträgt 34 RM, Kinderzulage 20 RM pro Kind und Stunde. Für die Zeit ab 1. Februar ist weitere Erhöhung des Lohnneinkommens gefordert.

**Thüringen.** Lohnsatz für Kreis- und Gemeindearbeiter vom 19. Januar bis 8. Februar 1923. Bemerkung: 1. = gelernte volljährige Arbeiter; Lohngruppe 2 = ungelernete volljährige Arbeiter; Lohngruppe 3 = ungelernete volljährige Arbeiter; Lohngruppe 4 = ungelernete volljährige Arbeiterinnen; Lohngruppe 5 = Reinmachefrauen, soweit sie nicht Tariflohn beziehen.

Die Stundenlöhne der Jugendlichen errechnen sich nach § 8 des Tarifs. Eich hierbei ergebende Beträge bis 49 Pfennig auf 50 Pfennig aufgerundet, über 49 Pfennig auf 50 Pfennig aufgerundet.

Lohngruppe	vom 19. 1. bis 1. 2. 1923				vom 2. 2. bis 8. 2. 1923			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
1	482	491	807	847	580	528	482	482
2	480	411	574	824	582	498	454	454
3	430	402	985	815	621	487	443	443
4	231	217	199	174	280	263	241	241
5	185	174	150	130	224	210	193	193

Daneben werden gewährt mit Wirkung vom 19. Januar ab: 1. Als Sonderzulage nach § 9 arbeitsstündlich: 1. die arbeiterzulage in Höhe von 15 RM. 2. Die Zulage für besonders schwierige und schmutzige Arbeiten (nach örtlicher Vereinbarung, Fall zu Fall). II. Als Sozialzulagen nach § 10 für die regelmäßig arbeitenden (wöchentlich 48 Stunden): 1. Die Frauenzulage in Höhe von 20 RM. Witwer und Witwen mit eigenem Hausstande

### Internationale Rundschau

Die Arbeiterinternationale gegen die Ruhrbesetzung. Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Januar 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes geschaffene Lage zu prüfen. In Übereinstimmung mit den früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongress im Haag im Dezember letzten Jahres förmlich bestätigten Resolutionsurteilen verurteilten sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebietes und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmaßnahmen in der Lösung der Reparationsfrage. Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, die unter dem Vorwande des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und hinauszieht — wie einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigsten Rohstoffe und Eisenerze. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier, ihr Interesse einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens. Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Sie gerechtfertigen, unbedingt notwendig und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues. Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt ausgesetzt wird, auf die daraus entstehenden ernsten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Keim zu neuen Kriegen in sich bergen. Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verhandlungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Sie beschließen: 1. Die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu veröffentlichen. — 2. Den häufigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrechtzuerhalten und zu stärken. — 3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkervertrag anerkennen wird, in dem vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen aufgenommen werden muß.

Die letzten die Kampferwartung der Arbeiter spezial auf die wachsenden Reichsgeldnoten und fordern sie auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die offenen und geheimen Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und so zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen. Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Verführung durch die Ärgernisse der bürgerlichen Presse, die ebenso wie im Kriege bereits wieder begonnen hat in allen Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, die größten Unschereuheiten zu verbreiten, um die Völker gegeneinander zu hetzen. Insbesondere weisen sie auf die Lage der Regierungen hin, die behaupten, daß sie nur gegen die deutschen Kapitalisten vorgehen, während doch die ersten Opfer ihrer Aktion die deutschen Arbeiter sind, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen die Pflicht Deutschlands, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachungen zu leisten, anerkannt haben und auch heute anerkennen und so der Demagogie die sicherste Garantie für die Herbeiführung eines wahren Friedens geben. Sie stellen fest, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Belgien unbedingtes und klar in den Parlamenten, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gegen die den Frieden gefährdende Politik ihrer Regierung protestiert und alles getan haben, was angesichts der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der fehlenden Macht des strengeren Kapitalismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenerem Auftreten zu veranlassen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen. Im Interesse dieser Friedensgarantie, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Herrschaft der europaischen Wirtschaft entgegenzuwirken, wird das Weltproletariat, insbesondere aber das französische und belgische Proletariat, aufgefordert, sich für den sofortigen Rückzug aller Okkupationsgruppen aus dem Ruhrgebiet einzusetzen, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Die Komites der internationalen Organisationen sollen sich den nationalen Organisationen zur Verfügung, um den Verhandlungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

... mit Kindern (bis zur Vollendung der Volksschulpflicht) ohne ... erhalten die halbe Zulage (10 Mt.). 2. Die Kinderzulage ... für jedes Kind bis zur Vollendung der Volksschulpflicht. — Diese Zulage gelten für Arbeitnehmer, die sich am ... des Vertragsabschlusses (25. Januar 1923) im Dienste der Mit- ... des Tarifverbandes befinden.

Die Generalversammlung am 23. Januar nahm den ... und Kassenbericht entgegen. Im letzten Jahre sind erheb- ... und staatlichen Betrieben vor- ... worden, die auf die Mitgliederzahlen nicht ohne Einfluß ... Die Organisation war im Einklang mit den Betriebs- ... die größten Härten auszugleichen und den Kollegen ... der Schlichtungsausschuß zu ihrem Recht zu verhelfen. Die ... hat aus diesen Gründen ebenfalls Angestellten- ... vornehmen müssen. Nach dem Kassenbericht ist eine ... von 2.428.767,85 Mt. zu verzeichnen, welcher eine Aus- ... von 2.266.471,13 Mt. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand ... von 162.296,72 Mt. verbleibt. In den Vorstand wurden folgende ... gewählt: Vorsitzender Bland, Kassierer Schulze, ... Frauhe.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

Die einmütige Kundgebung des Bergarbeiterverbandes. Der ... hielt am 23. Januar eine Reviertagung ... ab, auf der über 200 Delegierte und Verbands- ... anwesend waren. Außerdem waren der Hf-Bund, ... und der Verband der Heizer und Ma- ... vertreten. Nach einem mit stürmischem Beifall auf- ... am 23. Januar 1923. Die Kundgebung des Bergarbeiterverbandes ... die gegenwärtige Lage, ergab die Debatte, in der alle Be- ... des Ruhrgebietes zu Worte kamen, vollständige Einmütigkeit ... der französischen Gewaltpolitik, wie sie von den ... und Kopparbeitern gemeinsam zu führen ist. Referat und ... gegen einen scharfen Trennungsschritt gegen alle nationa- ... und bezogtinnende solche Demonstrationen als ... Gefahr für das Ruhrgebiet, der die Bergarbeiter ... mitzugehen zutreten haben. Von den Unternehmern ver- ... der Konferenz; Entgegenkommen in Fragen des Arbeitsver- ... Entsprechende Aufträge wurden dem Verbandsvorstand ... Von der Regierung erwartet die Konferenz eine Politik ... der Abwehr und Bereitschaft zu friedlicher Verständigung, ... die Abwehr kann aber nur erfolgreich ... die Volkstreue mißfallen und die Regierung dem sich ... der Abwehr in der rücksichtslosesten Weise entgegen- ... Eine Berichtigung auf seine grundsätzliche Stellung zum sozialen ... und der Bergarbeiterverband den Abwehrkampf gegen die ... Gewaltpolitik entschlossen führen wollen. Er vertraut ... daß die Bergarbeiter sowohl den Forderungen wie den ... der Franzosen einmütig widerstehen werden. Ent- ... Widerstand werden die Bergarbeiter leisten bei irgend- ... politischen Vorgehen gegen ihre Organisation, ihre Führer ... der Arbeiterpresse. Ganz besonders lehnen sie etwaige Ver- ... einer neuen Währung ab, da die Erfahrung im Saar- ... daß diese Methode nach einer kurzen scheinbaren Besser- ... zu höherer zur Verelendung des Ruhrgebietes und des ... deutschen Volkes führen muß.

Die einmütige Kundgebung des Bergarbeiterverbandes. Der ... hielt am 23. Januar eine Reviertagung ... ab, auf der über 200 Delegierte und Verbands- ... anwesend waren. Außerdem waren der Hf-Bund, ... und der Verband der Heizer und Ma- ... vertreten. Nach einem mit stürmischem Beifall auf- ... am 23. Januar 1923. Die Kundgebung des Bergarbeiterverbandes ... die gegenwärtige Lage, ergab die Debatte, in der alle Be- ... des Ruhrgebietes zu Worte kamen, vollständige Einmütigkeit ... der französischen Gewaltpolitik, wie sie von den ... und Kopparbeitern gemeinsam zu führen ist. Referat und ... gegen einen scharfen Trennungsschritt gegen alle nationa- ... und bezogtinnende solche Demonstrationen als ... Gefahr für das Ruhrgebiet, der die Bergarbeiter ... mitzugehen zutreten haben. Von den Unternehmern ver- ... der Konferenz; Entgegenkommen in Fragen des Arbeitsver- ... Entsprechende Aufträge wurden dem Verbandsvorstand ... Von der Regierung erwartet die Konferenz eine Politik ... der Abwehr und Bereitschaft zu friedlicher Verständigung, ... die Abwehr kann aber nur erfolgreich ... die Volkstreue mißfallen und die Regierung dem sich ... der Abwehr in der rücksichtslosesten Weise entgegen- ... Eine Berichtigung auf seine grundsätzliche Stellung zum sozialen ... und der Bergarbeiterverband den Abwehrkampf gegen die ... Gewaltpolitik entschlossen führen wollen. Er vertraut ... daß die Bergarbeiter sowohl den Forderungen wie den ... der Franzosen einmütig widerstehen werden. Ent- ... Widerstand werden die Bergarbeiter leisten bei irgend- ... politischen Vorgehen gegen ihre Organisation, ihre Führer ... der Arbeiterpresse. Ganz besonders lehnen sie etwaige Ver- ... einer neuen Währung ab, da die Erfahrung im Saar- ... daß diese Methode nach einer kurzen scheinbaren Besser- ... zu höherer zur Verelendung des Ruhrgebietes und des ... deutschen Volkes führen muß.

Die einmütige Kundgebung des Bergarbeiterverbandes. Der ... hielt am 23. Januar eine Reviertagung ... ab, auf der über 200 Delegierte und Verbands- ... anwesend waren. Außerdem waren der Hf-Bund, ... und der Verband der Heizer und Ma- ... vertreten. Nach einem mit stürmischem Beifall auf- ... am 23. Januar 1923. Die Kundgebung des Bergarbeiterverbandes ... die gegenwärtige Lage, ergab die Debatte, in der alle Be- ... des Ruhrgebietes zu Worte kamen, vollständige Einmütigkeit ... der französischen Gewaltpolitik, wie sie von den ... und Kopparbeitern gemeinsam zu führen ist. Referat und ... gegen einen scharfen Trennungsschritt gegen alle nationa- ... und bezogtinnende solche Demonstrationen als ... Gefahr für das Ruhrgebiet, der die Bergarbeiter ... mitzugehen zutreten haben. Von den Unternehmern ver- ... der Konferenz; Entgegenkommen in Fragen des Arbeitsver- ... Entsprechende Aufträge wurden dem Verbandsvorstand ... Von der Regierung erwartet die Konferenz eine Politik ... der Abwehr und Bereitschaft zu friedlicher Verständigung, ... die Abwehr kann aber nur erfolgreich ... die Volkstreue mißfallen und die Regierung dem sich ... der Abwehr in der rücksichtslosesten Weise entgegen- ... Eine Berichtigung auf seine grundsätzliche Stellung zum sozialen ... und der Bergarbeiterverband den Abwehrkampf gegen die ... Gewaltpolitik entschlossen führen wollen. Er vertraut ... daß die Bergarbeiter sowohl den Forderungen wie den ... der Franzosen einmütig widerstehen werden. Ent- ... Widerstand werden die Bergarbeiter leisten bei irgend- ... politischen Vorgehen gegen ihre Organisation, ihre Führer ... der Arbeiterpresse. Ganz besonders lehnen sie etwaige Ver- ... einer neuen Währung ab, da die Erfahrung im Saar- ... daß diese Methode nach einer kurzen scheinbaren Besser- ... zu höherer zur Verelendung des Ruhrgebietes und des ... deutschen Volkes führen muß.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die zweite Beiratsitzung unseres Verbandes tagte am 4. Februar 1923 im Berliner Gewerkschaftshaus. Neben ausgiebiger Stellungnahme zur Ruhrbesetzung (Entscheidung hierzu siehe Seite 2) wurde die Notwendigkeit einer durchgreifenden Beitragserhöhung...

allseitig anerkannt und beschlossen. Der Wochenbeitrag soll infolge des Lokalzuschlags ungefähr die Höhe eines Stundenlohnes betragen. Die Unterstützungsfähigkeit sind dementsprechend neu geregelt und erheblich erhöht worden.

Die Beitragserhöhung tritt von der 8. Beitragswoche ab (18. bis 25. Februar) in Kraft.

Von unseren Mitgliedern wird unbedingt erwartet, daß sie die festgesetzten Beiträge in voller Höhe ihres jeweiligen Lohnsatzes bezahlen.

Die wachsende Geldentwertung und die damit verbundenen sich fortsetzende gewaltig steigenden Ausgaben machten diese Maßnahmen unbedingt erforderlich, sollte nicht die Kampfstrafe unseres Verbandes leiden. Wir erwarten daher von unseren Mitgliedern die bereitwilligste Unterstützung bei der Durchführung dieser Beschlüsse.

Eine ausführliche Begründung im einzelnen sowie der Abdruck der neugeschaffenen Paragraphen des Verbandsstatuts erfolgt in nächster Nummer der „Gewerkschaft“.



Gleichzeitig hat der Verbandsbeirat beschlossen, die Konferenz der Reichssektion „Gesundheitswesen“ in Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bis auf weiteres zu verschieben.

Der Vorstandsmitglied.

Rundschau

Die neuen Unterstützungsfähigkeit für Erwerbslose. Rückwirkend vom 15. Januar sind die Unterstützungsfähigkeit erhöht worden. In Klasse A erhalten Ledige (über 21 Jahre alt) mit eigenem Haushalt den Tag 600 RM. Der Familienzuschlag beträgt für die Ehefrau 275 RM, für jedes Kind 210 RM. — Zugleich ist aber eine weitere Erhöhung der Unterstützung beschlossen worden, die mit dem 29. Januar eintritt. Danach gelten folgende Tagesätze:

Table with columns: In den Ortsklassen, A, B, C, D, E. Rows include categories for men and women aged 21+, and family allowances for children and disabled persons.

Table titled 'Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:' with columns: In den Ortsklassen, A, B, C, D, E. Rows include categories for couples, couples with children, and single persons.

Auch diese neuen Sätze halten nicht Schritt mit der fortschreitenden Geldentwertung und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Reichsregierung und Reichsrat sofort erneut zur weiteren Erhöhung der Sätze Stellung nehmen müssen, um so mehr, als die hereinbrechende Wirtschaftskrise immer größere Massen...

unterhaltlos macht und ihnen eine Verdienstmöglichkeit. Die Erwerbslosen müssen vor dem völligen Verfall... Unterstüfung der Kurzarbeiter gelten noch die bisherigen... Unterstüfung der Kurzarbeiter gelten noch die bisherigen... Unterstüfung der Kurzarbeiter gelten noch die bisherigen...

Kulturdokumente. In der demokratischen „Frankf. Z.“ fanden wir kürzlich folgende treffende Kennzeichnung des Zustandes der in den Kaffeehäusern, Bars und Weinlokalen...

In den deutschen Kabarets und in anderen Nachtlokalen... In den deutschen Kabarets und in anderen Nachtlokalen... In den deutschen Kabarets und in anderen Nachtlokalen... In den deutschen Kabarets und in anderen Nachtlokalen...

Die Frechheiten dieser Gesellschaft würden sehr bald eingeleitet werden, wenn die Republikaner jeden Stabes mehr... aufbrachten und den Angehörigen der Vaterlandspartei entgegenzutreten würden. Das gilt nicht nur für den Marktplatz, sondern auch bei anderen Gelegenheiten: in der...

Briefkasten

R. L., Dresden. Artikel kann nicht gebracht werden.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften... Druck: Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 14